

Wahlprüfstein DIE LINKE

Deutscher Bauernverband e.V.
Claire-Waldorf-Str. 7
10117 Berlin

Agrarpolitik

GAP-Reform

1. Die Umsetzung der GAP-Reform in nationales Recht wird das agrarpolitische Großprojekt für die neue Bundesregierung. Was sind für Ihre Partei dabei die wichtigsten Handlungsfelder? Werden Sie die vielfältigen Umweltleistungen und "Greening-Elemente" der deutschen Landwirtschaft anerkennen? Wie sichern Sie den Direktausgleich für die Bauern in Deutschland? Wie viel staatlichen Einfluss auf die Agrarmärkte soll es noch geben?

Bei der Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP-Reform) wird DIE LINKE insbesondere darauf achten, dass die Förderung zielgerichtet für (soziale, ökologische) Gemeinwohlleistungen eingesetzt wird; bspw. um existenzsichernd bezahlte Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen zu sichern oder die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. DIE LINKE lehnt die Verschiebung von Mitteln zwischen den beiden Säulen ab. Wir wollen regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen fördern, um kostendeckende Erzeugerpreise zu erreichen und die Fördermittel gesellschaftlich zu legitimieren. Ein Greening mit nachweisbaren Effekten spielt aus Sicht der LINKEN eine weitere zentrale Rolle. Die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft bedroht die biologische Vielfalt. Bereits erbrachte Leistungen und Landschaftsstrukturen sollten beim Greening berücksichtigt werden. Klima- und Gewässerschutz sowie Bienenfreundlichkeit müssen verbindlicher in der landwirtschaftlichen Praxis verankert werden.

Energiewende

2. Das Gelingen der Energiewende ist auch im Interesse der Landwirtschaft und ländlichen Räume. Was muss anders werden, damit auch die Bauernfamilien und ländlichen Räume weiterhin Energielieferanten bleiben können? Wie sehen Sie die Entwicklung der Biomasse als multifunktionalen Energieträger bei Strom, Wärme und Kraftstoffen?

Prioritäre Aufgabe der Landwirtschaft muss die Lebens- und Futtermittelerzeugung bleiben. Darüber hinaus soll die Agrarwirtschaft ihren Teil zur dezentralen Energiewende beitragen. Doch das darf nicht die Haupteinkommensquelle der Agrarbetriebe sein. Die Förderbedingungen sollten zu einem sozial-ökologischen Energiemix in den Regionen beitragen und verschiedene Zielkonflikte lösen, z.B. mit dem Naturschutz oder dem Tourismus. Mittel- und langfristig ist die Stromerzeugung über Biogas aus Energiepflanzen fraglich. Das hängt auch mit Alternativen zum Maisanbau zusammen. Biogas hat heute eine wichtige Brückenfunktion bei der Energiewende. Es lässt sich gut transportieren und speichern. Mittelfristig kann Biogas im Auto fossile Kraftstoffe ersetzen. Regional produziertes

Pflanzenöl sollte den fossilen Agrardiesel bei den Landmaschinen ablösen. Eine Beimischung von Agrotreibstoffen zu fossilen Kraftstoffen lehnt DIE LINKE ebenso ab wie den Import von Agrotreibstoffen aus Drittstaaten.

Bundesagrарhaushalt

3. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte scheint allen Parteien ein wichtiges Anliegen. Schließlich gilt es, grundgesetzlich verankerte Schuldenbremsen einzuhalten? Was bedeutet dies für den Bundesagrарhaushalt? Was bedeutet das für die Zukunft der Agrарsozialpolitik und die Gemeinschaftsaufgabe?

DIE LINKE lehnt die Schuldenbremse ab, weil damit wichtige politische Spielräume verloren gehen. Neben Ausgabensenkungen müssen Einnahmesteigerungen gelingen, zum Beispiel durch die gerechte Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen. Mit 2 Prozent Anteil am Bundeshaushalt kann der Agrарhaushalt kaum zur Konsolidierung beitragen. Dabei stellt die agrарsoziale Sicherung den größten Anteil dieses Einzelplans, wobei sich der Zuschuss durch den Strukturwandel bereits reduziert. DIE LINKE bezweifelt die langfristige Tragfähigkeit der eigenständigen Sozialversicherung, da sie kaum mehr armutsvermeidende Wirkungen hat und viele Landwirt_innen sich der gesetzlichen Versicherungspflicht entziehen. Deshalb muss diskutiert werden, wann und nicht ob die agrарsoziale Sicherung in die allgemeine Sozialversicherung integriert wird. Die Gemeinschaftsaufgabe Agrарstruktur und Küstenschutz muss aus Sicht der LINKEN als wichtiges Element der Politik für ländliche Räume erhalten und adäquat finanziert werden.

Flächenverbrauch

4. Der Bauernverband hat in der laufenden Legislaturperiode eine Petition zum Flächenverbrauch eingebracht und von 212.000 Menschen Unterstützung erfahren. Was werden Sie tun, um den Flächenverbrauch in Deutschland in Deutschland zumindest auf 30 ha/Tag zu senken? Sehen Sie die Notwendigkeit, einen Entsiegelungsfonds zu schaffen, z.B. gespeist aus dem Ersatzgeld für Maßnahmen und Bauten der Energiewende?

Die LINKE setzt sich dafür ein, dass Entsiegelung Priorität vor der Nutzung von Ausgleichsflächen erhält. Dazu kann auch ein Konversionsfond aus Bundesmitteln beitragen. Bund und Bundesländer müssen verpflichtet werden, ein einheitliches Kataster für die Entsiegelungsflächen zu entwickeln und diese durch verbesserte Bemessungskriterien als Ausgleichsmaßnahmen aufzuwerten. Eine weitere Maßnahme zur Senkung des Flächenverbrauchs liegt in der Bildung von Flächenpool-Gebieten in Verbindung mit der Einrichtung von kommunalen Ökokonten. In den Flächenpools können ökologische Ausgleichsmaßnahmen in sinnvollen Konzeptionen gebündelt werden. Darüber hinaus muss selbstverständlich jedes Infrastruktur- und Siedlungsprojekt auch hinsichtlich seines Flächenverbrauchs kritisch geprüft werden.

Lebensmittelproduktion

5. Die Lebensmittelproduktion ist arbeitsteilig und zunehmend internationaler aufgestellt; Qualität, Vielfalt und Sicherheit des Lebensmittelangebots in Deutschland können sich sehen lassen. Teilen Sie diese Einschätzung? Wo liegen die Zukunftsmärkte, was sind die Zukunftstrends im Lebensmittelbereich?

Der Lebensmittelsektor ist ein sehr leistungsfähiger Bereich, der in vielen Regionen Arbeitsplätze in ländlichen Räumen bietet und hochwertige, sichere Lebensmittel anbietet. Problematisch ist die verstärkte Tendenz zur Ausrichtung auf Exportmärkte sowie die immer großräumigeren und komplexeren Liefer- und Verarbeitungsketten. Dieses System ist anfällig für Krisen, Fehler und kriminelle Strukturen. Regionale Erzeugungs-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen sollten gestärkt werden. Deshalb wird dringend eine klare und wahre Herkunftskennzeichnung gebraucht. Außerdem fordert DIE LINKE ein branchenfinanziertes, unabhängiges Zertifizierungssystem nach strengen gesetzlichen Regeln entlang der kompletten Wertschöpfungskette. Auch die Arbeitsbedingungen in einigen Bereichen der Verarbeitungsindustrie müssen dringend strenger geregelt werden. So ist die Beschäftigung von Subunternehmen und Leiharbeitsfirmen auf Schlachthöfen und Zerlegungsbetrieben zu untersagen.

Tierhaltung

6. Die Zukunft der Tierhaltung bewegt Landwirte, Bürger, Medien und Politik enorm. Es geht schließlich um das Rückgrat der deutschen Landwirtschaft. Was werden Sie für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Tierhaltung tun? Wo sehen Sie den größten/drängendsten Handlungsbedarf?

Tierhaltung muss in die landwirtschaftliche Produktion der Region integriert und am Tierwohl orientiert sein sowie Natur und Umwelt schonen. Neu- oder Erweiterungsanlagen für große Intensivtierhaltungen erzeugen vielerorts Konflikte. Dabei ist der Versorgungsgrad an Produkten tierischer Herkunft so hoch, dass Absatzmärkte kaum ohne Exporte funktionieren. Vor diesem Hintergrund ist der Zubau von Megaställen fragwürdig. Aber auch aus Sicht der Tiergesundheitsrisiken ist eine Begrenzung der Tierkonzentration am einzelnen Standort als auch regional sinnvoll. Dabei geht es vor allem um eine volkswirtschaftlich vernünftige und tierwohlorientierte Deckelung. Der technische Fortschritt in den Stallsystemen sollte verstärkt zur Verbesserung der Tiergesundheit und der Arbeitsbedingungen beitragen statt allein auf betriebswirtschaftlich motivierte Rationalisierung zu orientieren. Die Akzeptanz für landwirtschaftliche Nutztierhaltung muss in der Bevölkerung wieder verbessert werden.

Bundeslandwirtschaftsministerium

7. Wird es in der neuen Legislaturperiode noch ein Bundeslandwirtschaftsministerium geben?

Die LINKE hat sich zum Ressortzuschnitt im Falle einer Regierungsbeteiligung noch nicht abschließend verständigt. Wegen der grundlegenden Aufgabe der Ernährungssicherung und des großen Anteils der

Flächennutzung in Deutschland durch die Land- und Forstwirtschaft ist die Verankerung in einem Bundesministerium gerechtfertigt. Diskutiert wird über ein gemeinsames Landwirtschafts- und Umweltministerium bei gleichzeitiger Bildung eines eigenständigen Energieministeriums. DIE LINKE setzt sich zudem für ein starkes Verbraucherministerium und eine starke Verbraucherschutzbehörde ein.